

# Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 297 A

BERLIN • Sonntag, den 15. Januar 1933

2. JAHRGANG

## Profit und Menschenleben

### Sie sagen: Gerechtigkeit, und meinen: Profit.

#### AUS DEM INHALT:

Der internationale Klassenkampf.  
Lenin, Liebknecht, Luxemburg zum Gedächtnis.

Der Unfug des Luftschutzes.

Osthilfe — Ostschiebungen.

Von Großagrarien-Frechheiten und agrarpolitischen Sumpfen.

A. M. Frey: Die Pflasterkästen.

### Recht für Bartl!

Die logische und rechtliche Unhaltbarkeit des Todesurteils.

K. H. Das Todesurteil gegen Bartl liegt jetzt mit schriftlicher Begründung vor.

In der Nacht zum 5. August 1932 wurde in Chemnitz in dem Nazilokal „Café Herold“ der Dentist Krebeck von einem Unbekannten erschossen. Das Schwurgericht hat deswegen den erwerbslosen Arbeiter Bartl, der den Schuß erwiesenermaßen nicht abgegeben hat, wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode verurteilt. Die Vorgänge im Café Herold haben sich nach dem Urteil wie folgt abgespielt.

Bartl und der Unbekannte hatten sich an einem Tische mit zwei Nazis, Voigt und Mühlenfeld, ruhig und freundlich unterhalten. Diese verabschiedeten sich schließlich mit Handdruck und wandten sich zum Gehen. Bartl und der Unbekannte folgten ihnen auf dem Fuße. In diesem Augenblick zog Bartl plötzlich, ohne daß es vorher einen Streit gegeben hätte, seine Pistole, lief zu der Windfangtür, die vom Schankraum nach dem Laden führt, drehte sich dort um und rief: „Hände hoch! Alle äußerste Ruhe bewahren! Wer rausgeht, wird erschossen!“ Seinem Begleiter rief er zu: „Los, fertigmachen!“ Dieser hatte ebenfalls seine Pistole gezogen und lud sie. Auch Bartl versuchte, seine Pistole zu laden; das mißlang jedoch, wohl infolge einer Ladehemmung.

Die Gäste, die im Lokal saßen, hatten das Ganze zunächst für einen Scherz oder für eine Übung der Nazis gehalten; schließlich aber sprangen sie auf. Die Wirtsleute und dann auch Mühlenfeld liefen nach dem Vorsaal zum Telefon. Bartl verjagte sie von dort mit vorgehaltener Waffe und ging darauf direkt durch die Küche in den Laden. Dorthin hatte sich inzwischen auch der Unbekannte durch die Windfangtür zurückgezogen. Bartl schlug in diese Glastür ein großes Loch, steckte seinen Arm hindurch und richtete so seine Pistole auf die Gäste im Schankraum. Der Unbekannte stand hinter ihm.

Von den Gästen faßten nun Baum, Koswitz und Krebeck Mut. Krebeck trat an die Windfangtür und packte Bartls durchgestreckten Arm, Koswitz schlug mit einem Zeitungshalter auf die Waffe. Der Unbekannte rief Bartl zu: „Los, entschieße dich und knalle los!“ Ein Zeuge will auch gehört haben, daß Bartl nun abdrückte, aber es löste sich kein Schuß. Bartl mußte die Waffe fallen lassen. Baum warf erst eine Likörflasche und dann ein Bierglas nach Bartl.

In diesem Augenblick erschoss der Unbekannte den Krebeck und flüchtete. Bartl floh ebenfalls, aber er hatte von den Splintern der Wurfgeschosse oder der Türscheibe eine stark blutende Kopfwunde davongetragen und brach infolgedessen in etwa 800 Meter Entfernung vom Lokal zusammen.

Dies ist die Darstellung des Vorgangs, zu der das Gericht auf Grund der Beweisaufnahme gekommen ist. Danach wäre das Verhalten Bartls so gewesen, daß man sich fragt: sollte nicht die ganze Beweisaufnahme durch verabredete Nazi-Aussagen gefälscht worden sein? Ein uns als zuverlässig bekannter Zuhörer bei der Verhandlung berichtet uns jedoch, daß der äußere Hergang von mindestens sechs Zeugen, keineswegs nur Nazis, sondern auch zufälligen Lokalbesuchern, in den entscheidenden Punkten gleich geschildert worden sei. Wenn sich wirklich der Vorgang so abgespielt hat, dann sieht das Ganze eher wie ein mißglückter Raubüberfall auf die Ladenkasse aus als wie ein politischer Terrorfall. Es wäre immerhin verständlich, wenn in dem Kopfe eines langjährigen Wohlfahrts-Erwerbslosen mit 8,50 Mark

Gu—n. Mehrere japanische Bombenflugzeuge haben — wie amtlich aus Mukden gemeldet wird — am Donnerstag die chinesischen Stellungen bei Schanghai kwang bombardiert. Auch in der Provinz Jehol haben die Japaner die Kämpfe wieder aufgenommen.

Im Vordergrund steht aber zur Zeit die Diplomatie, das hörbare Stimmen der Instrumente für das Imperialisten-Konzert, das am Montag in Genf eröffnet werden wird. Wir erwähnen hier nur die beherrschenden Instrumente.

#### Die USA

haben durch ihren Botschafter in Tokio dem japanischen Außenminister zur Kenntnis gebracht, daß durch Japans Vorgehen in China die amerikanischen Interessen in erheblichem Maße gefährdet seien. Der Japaner erklärte, er werde diese Mitteilung dem japanischen Kabinett zur Kenntnis bringen.

Einen deutlicheren Ausdruck hat Hoover der ernstesten amerikanischen Sorge gegenüber dem ungeheuer frechen japanischen Imperialismus gegeben,

indem er, wie wir an anderer Stelle mitteilen,

gegen die Unabhängigkeit der Philippinen sein Veto eingelegt hat. Ein Blick auf die Karte zeigt die Bedeutung der Philippinen für die USA: Sollten diese Inseln aus den Händen der Amerikaner in die der Japaner übergehen, so würde das nicht nur eine bedeutende Schwächung der USA und eine entsprechende Stärkung Japans im Gebiet des Stillen Ozeans bedeuten; es würde außerdem zur Folge haben, daß die bisher für andere, insbesondere amerikanische Imperialisten noch offene Tür nach China mit japanischen Stählen ziemlich zugebaut sein wäre. Hoover hat dies in der Begründung seines Vetos so ausgedrückt: Die Philippinen seien innerhalb der nächsten zehn Jahre wirtschaftlich noch nicht reif; sie seien durch eine aus dem Fernen Osten mögliche Invasion und Unterwerfung gefährdet, und es sei der Welt gegenüber unverantwortlich, der bereits gefährdeten Zivilisation durch ein neues Chaos Unsicherheit zuzufügen. Hoover ist nicht im Zweifel gewesen, daß ein Veto gegen die Unabhängigkeit der Philippinen in Tokio richtig verstanden werden würde; so hat er, ehe er das Veto im Kongreß einbrachte, eine längere Aussprache mit dem Kriegsminister gehabt.

#### Auch der englische Botschafter in Tokio

hat dem japanischen Außenminister gesagt, daß Japans Vorgehen die britischen Interessen stark geschädigt habe; besonders hätten die Truppentransporte auf der nördlichen Linie der chinesischen Bahn, an der englisches Kapital beteiligt sei, einen solchen Schaden hervorgebracht. (Sind etwa die Fahrkarten nicht bezahlt worden?) Von amtlicher japanischer Seite ist erklärt worden, daß man den Schritt des englischen Botschafters bedauere. In London heißt es, daß der englische Schritt sich in erster Linie auf den Schutz der englischen Interessen an den Kailan-Bergwerken und an anderem Besitz in Nordchina bezogen hätte. Der Botschafter habe die Japaner darauf aufmerksam gemacht, daß Schäden an englischem Besitz, die etwa bei den Kämpfen entstehen könnten, Japan in Rechnung gestellt werden müßten. Der Schritt sei aber lediglich als freundschaftliche Warnung aufzufassen.

#### Paul-Boncour, in der französischen Kammer

von sozialistischen Interpellanten gedrängt, gab am Freitag eine nichtssagende Erklärung zum Fernost-Konflikt ab: Der Völkerbund sei mit dem Streit beschäftigt, und da sei es schwer für eine Regierung, schon jetzt Stellung zu nehmen,

Wochen-Unterstützung — in dieser Lage war Bartl — schließlich der Plan reifte, sich der Ladenkasse eines Nazilokals zu bemächtigen — zumal in einer Zeit, in der die Nazis gerade auch in der Gegend von Chemnitz durch Terrorakte die Arbeiterschaft aufs höchste empört hatten.

Trotzdem, ja gerade wenn man die Möglichkeit eines Raubüberfalls ins Auge faßt, ist das Todesurteil eine Ungeheuerlichkeit.

Die Terrorverordnung war noch nicht erlassen; ein Todesurteil war daher nur bei Mord möglich, also nur wenn Bartl entweder selber einen Menschen vorsätzlich und mit Ueberlegung getötet oder an einer solchen Tat als Mittäter teilgenommen hätte. Das Gericht hat angenommen, Bartl und der Unbekannte hätten geplant, die Nazis in ihrem Verkehrslokal aufzusuchen, dort Handel mit ihnen anzufangen, sie zur

ohne „ganz genaue und unparteiliche Informationen“. Nur die allgemeine Linie der französischen Politik könne er kennzeichnen: die Haltung Frankreichs werde nur durch die Grundsätze des Rechts und der Gerechtigkeit bestimmt werden. Er (Paul-Boncour) werde in Genf seine Bemühungen für die Organisation eines Systems von Sanktionen fortsetzen, das die Achtung vor den Entschließungen des Völkerbundes garantiere. Diese Erklärung ist so gehalten, daß Paul-Boncour sich auch für ein japanfreundliches Verhalten freie Hand läßt.

#### Das Bestehen eines englisch-französischen Geheimabkommens,

in dem beide Länder sich zur Tolerierung bzw. Unterstützung der japanischen Fernost-Politik verpflichtet hätten, ist der Nanking-Regierung gegenüber von der englischen und französischen Gesandtschaft in Nanking dementiert worden. In der chinesischen Presse war behauptet worden, daß ein solches Abkommen existiere.

#### Politik der Straße.

##### Neue Zusammenstöße.

In Berlin kam es Freitag nachmittag in der Boxhagener Straße zu einem Zusammenprall zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, wobei drei Personen verletzt wurden. Die Polizei verhaftete vier Nationalsozialisten und zwei Parteilose.

In Erfurt kam es in der Nacht zum Freitag zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und „Reichsbanner“-Mitgliedern und Kommunisten, nachdem schon in der Woche vorher wiederholt schwere politische Zusammenstöße stattgefunden hatten. Die Nationalsozialisten zogen nach einer Versammlung in provokierender Weise geschossen durch die Stadt. Am Johannesplatz stießen die politischen Gegner aufeinander. Dabei fielen auch Schüsse und verletzten einen parteilosen Lehrling. Die Polizei verhinderte ein weiteres Umsichgreifen der Schlägerei.

An zwei anderen Stellen hatten heimkehrende Nazis unterwegs mit „Reichsbanner“-Leuten und Kommunisten Auseinandersetzungen, die in Tötlichkeiten ausarteten. Dabei wurden zwei Nationalsozialisten schwer verletzt. Die Polizei nahm einige Zwangsgestellungen vor.

In Halle an der Saale entfesselten Nationalsozialisten eine Saalschlacht anlässlich einer Versammlung der Internationalen Arbeiterhilfe. Schränke, Türen und Fenster wurden zertrümmert. Es gab zahlreiche Verletzte, darunter war ein Kommunist mit einem lebensgefährlichen Halsstich.

In Nürnberg schlugen sich Angehörige der Streicher- und der Stogmann-Gruppe der SA. So kam es in der Nacht auf Freitag zu einem Zusammenstoß vor dem „Deutschen Hof“. Ein Schuß fiel, verletzte jedoch niemand. Das Ueberfallkommando trieb die Streithähne auseinander und nahm einige in sicheren Gewahrsam.

Hitler lenkt ein. Der SA-Führer Stogmann-Franken teilt mit, daß er zur selben Zeit, da er das in der Presse veröffentlichte scharfe Telegramm Hitlers erhielt, von dem Privatsekretär Hitlers zur „Klärung der Angelegenheit“ nach München gebeten wurde! Nach außen mimt Hitler also den starken Mann, hinterum verhandelt er insgeheim, um den unangenehmen Konflikt möglichst ohne großes Staubaufwirbeln beizulegen.

Abwehr zu reizen und dann als die angeblich Angegriffenen auf die Gegner zu schließen.

Diese Annahme ist aber vollkommen unbewiesen.

Wenn sie Händel gesucht hätten, so hätten sie doch erst durch Beschimpfung die Nazis herauszufordern gesucht, nicht aber die völlig Ahnungslosen unversehens mit gezogener Waffe bedroht. Auch hätten sie, wenn sie von vornherein beabsichtigten, zu schießen, ihre Pistolen doch wohl schon vor dem Eintritt ins Lokal schußfertig gemacht. Anschließend hätten sie von vornherein den Plan, mit der Waffe zu drohen; aber zum Schuß ist es doch offensichtlich erst dadurch gekommen, daß Bartl unvorhergesehener Weise von Krebeck festgehalten und von Koswitz und Baum bedrängt wurde. Daß dieser Fall im Plane überhaupt vorgesehen gewesen wäre, ist eine bloße Vermutung und keine

festgestellte, nicht einmal eine wahrscheinliche Tatsache; es ist durchaus möglich und wahrscheinlich, daß die beiden davon ausgegangen sind, die Drohung mit der Waffe werde genügen, um die Gegner einzuschüchtern. Von einer Mittäterschaft Bartls bei der Tötung Krebecks und von einem mit Ueberlegung ausgeführten gemeinschaftlichen Morde kann dann aber keine Rede sein.

Der Schluß des Gerichts von dem angeblichen äußeren Hergang auf die Absicht und die Ueberlegung Bartls und seines Begleiters ist also absolut unzulässig. Dies tritt besonders kraß in Erscheinung, wenn man die entscheidenden Sätze der Urteilsbegründung liest und dabei an die Möglichkeit eines Raubüberfalls denkt. Das vom Gericht geschilderte angebliche Verhalten der Täter ist durchaus verträglich mit der Annahme, daß nur die Kasse geraubt und zu dem Zweck die Besucher des Lokals durch Bedrohung in Schach gehalten werden sollten. Das Gericht aber „sah sich“ zu einem anderen Schluß „gezwungen“. Es heißt in der Urteilsbegründung:

„Der Angeklagte und sein Komplize hätten jetzt, wo sie beide allein im Laden am Eingang zum unteren Schankraum waren und den Rücken frei hatten, durch die Ladentür das Café verlassen können. Daß sie das nicht taten, sondern in der Bedrohung der Personen im Schankraum fortfuhren, zwang das Gericht zu dem Schlusse,

daß ihr Plan nicht auf eine bloße Einschüchterung und Bedrohung hinausging — welches Ziel ja schon erreicht gewesen wäre —, daß es ihnen vielmehr darauf ankam, die Gegner so lange herauszufordern, bis sie zur Abwehr schritten und dann auf sie zu schießen.“

## Der Wahlkampf in Irland.

Der irische Wahlkampf steht vollkommen unter dem Zeichen: Für oder gegen England. Wenn Fianna Fail, die Partei de Valeras, eine absolute Mehrheit im Parlament erhält, dann wird es nur eine Frage der Zeit sein, wann Irland endgültig aufhört, Mitglied des Britischen Weltreichs zu sein. Die Britische Regierung hat darum ein großes Interesse am Siege Cosgraves, des Gegners von de Valera. Da die Mehrheit der irischen Bevölkerung aus Bauern besteht und diese die Aufhebung der Landentschädigung an England fordern, hat Cosgrave sich auch zur Aufstellung eines bauernfreundlichen Programms entschließen müssen. Er verspricht, die Landentschädigung während der nächsten zwei Jahre — von November 1932 bis November 1934 — überhaupt nicht einzuziehen bzw. zurückzuerstatten, wo sie bereits eingezogen ist. Es wird allgemein angenommen, daß Cosgrave sich über diesen Punkt mit der Britischen Regierung verständigt hat, die selbstverständlich bereit ist, zwei Jahre lang auf die Landentschädigung zu verzichten, wenn sie dafür eine englandfreundliche Regierung in Irland sitzen hat, eine Regierung, die die Opposition mit allen ihr zu Gebote stehenden faschistischen Mitteln unterdrücken würde — das hat Cosgrave während seiner früheren Amtsperiode als Ministerpräsident bewiesen.

Das Programm de Valeras ist — auf die Dauer gesehen — für die irischen Bauern zweifellos günstiger. De Valera will zwar vorläufig die Hälfte der Landentschädigung weiter einziehen, um so die zur Neuorganisation der irischen Wirtschaft erforderlichen Mittel zu haben; aber von dieser Neu-

Und nach Schilderung der Bedrängung Bartls durch Krebeck und der Erschießung Krebecks durch den Unbekannten heißt es weiter:

„Der Angeklagte hatte mit seinem Komplizen vorher besprochen, daß so vorgegangen, und insbesondere auf jeden zur Abwehr schreitenden Gegner geschossen werden sollte. Er . . . wollte, daß der andere abredgemäß auf jeden sich zur Wehr setzenden und vor allem auf einen ihn, wie Krebeck, etwa bedrängenden Gegner schoß, rechnete auch mit der Möglichkeit und billigte sie, daß der Gegner durch einen Schuß getötet wurde.“

Der Angeklagte hatte mit seinem Komplizen vorher besprochen . . . Er wollte . . . Er billigte . . . Alles das schließt (!) das Gericht einzig und allein aus dem angeblichen Verhalten der beiden im Café!

Menschen, die nur so viel denken können, sollten nicht über andere zu Gericht sitzen.

Die Aufhebung des Chemnitzer Todesurteils ist eine unzweifelhafte Forderung des Rechts.

Es ist notwendig, die Protestbewegung gegen das Todesurteil weiterzuführen, die wirksam natürlich nicht dadurch geführt werden kann, daß man versucht, einen Tatbestand, den die politische Arbeiterschaft als unsinnig und verbrecherisch beurteilen müßte, zu beschönigen. Wir halten den Tatbestand noch nicht für völlig geklärt. Eine Beschönigung aber würde den politischen Sinn des Protestes fälschen. Der Protest muß die wunden Stellen des Prozesses und des Urteils treffen — die Stellen, die in Wahrheit die Rechtsverletzung enthalten.

organisierung haben die Bauern einen großen Vorteil. Vorläufig leiden viele von ihnen jedoch stark unter dem englischen Zollkrieg, der unter Cosgrave rasch beendet werden würde. Von manchen Seiten wird bezweifelt, daß de Valera den Sieg bei den Wahlen davortragen wird.

Für seinen Sieg spricht unbedingt seine Beliebtheit im Lande, vor allem unter den armen Bauern. Wo er hinkommt, wird er mit Jubel empfangen. Er sagt in seinen Wahlreden, daß er zum Aufbau der irischen Wirtschaft zuerst die Mittel verwenden wolle, die bisher nach England geflossen seien, und wenn er mehr brauche, dann werde er auf den Kapitalbesitz reicher Iren zurückgreifen. Jedenfalls seien es nicht die Bauern, aus denen er Geld herauspressen wolle. Da er nicht den Eindruck eines Politikers macht, der seine Versprechungen nach erfolgter Wahl vergessen hat, haben die Bauern Vertrauen zu ihm, während die besitzende Klasse sich Cosgrave zuwendet.

Die Irische Republikanische Armee (IRA) hat einen Aufruf erlassen, in dem sie zur Wahl de Valeras aufruft. In dem Aufruf wird klar zum Ausdruck gebracht, daß die IRA keineswegs mit der bisherigen Tätigkeit de Valeras zufrieden oder mit seinem weiteren Programm einverstanden sei. Sie ist dafür, Fianna Fail die Mehrheit zu verschaffen, damit die endgültige Lostrennung Irlands von England vollzogen wird. Danach will de Valera aber eine Wirtschaft organisieren, in der es wieder eine besitzende Klasse gibt, während die IRA für die Verstaatlichung der Produktionsmittel ist. Da die IRA besonders unter der Jugend großen Einfluß hat, wird dieser Aufruf nicht ohne Bedeutung für den Ausgang der Wahlen sein.

## Sturz der griechischen Regierung.

Die griechische Regierung, die erst vor wenigen Wochen auf Grund eines „Burgfriedens“ zwischen Tsaldaris, dem Ministerpräsidenten, und Venizelos gebildet worden ist, ist nach Eröffnung des Parlaments rasch gestürzt worden. Den Anlaß dazu boten militärische Maßnahmen. Die eigentliche Ursache war die Furcht von Venizelos, daß der Kriegsminister zusammen mit dem Marineminister die Errichtung einer Diktatur vorbereite. Er stimmte daher mit seiner Partei, nach einer eifertündigen Parlamentsitzung, die von der Bevölkerung von Athen mit großer Erregung verfolgt worden ist, gegen die Regierung, die bei 109 gegen 91 Stimmen in der Minderheit blieb. Tsaldaris erklärte daher den Rücktritt der Regierung. Er weigert sich, an einer Koalitionsregierung teilzunehmen. Wahrscheinlich werden die Parteien von Venizelos, Papanastasiu und Kaphandaris eine Koalitionsregierung bilden.

Ein Erfolg der Lappos, der faschistischen Organisation Finnlands, scheint der Rücktritt des Oberbefehlshabers der finnischen Armee, General Sihvo, zu sein. Sihvo hat sich die Gunst der Lappos dadurch verschert, daß er bei den Unruhen im vorigen Jahr mit Militär gegen sie vorgegangen ist. Es ist allerdings auch möglich, daß seine privaten Schulden den General dazu veranlaßt haben, seine Stellung aufzugeben.

## Die Kämpfe in Spanien.

In der Provinz Cadix kam es wieder zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Polizei und Arbeitern, die zu einer regelrechten Schlacht zwischen 500 Polizisten und 400 Arbeitern führten.

Durch die Presse werden Gerüchte in die Welt gesetzt: man habe „einwandfrei“ festgestellt, daß die Sowjet-Regierung große finanzielle Mittel zur Durchführung der Unruhen zur Verfügung gestellt habe!

Unter dem Vorsitz Kalinins tagt im Kreml seit Freitag der Zentralvollzugsausschuß der Sowjetunion. Aus der Tagesordnung: Volkswirtschaftliche Kontrollziffern für Inner-Rußland; Staatshaushalt; Lage der Staatsowjets.

Deutsch-ungarisches Luftverkehrsabkommen. Zwischen Ungarn und Deutschland ist ein Luftverkehrsabkommen abgeschlossen worden, das sich inhaltlich an die in den vergangenen Jahren mit den verschiedensten Staaten abgeschlossenen Abkommen anlehnt.

## Die Regierungskrise in der Südafrikanischen Union.

Die Versuche der Südafrikanischen Parteien, eine Koalitionsregierung zustandezubringen, sind gescheitert. Man erwartet jetzt mit Spannung die Parlamentsöffnung am 20. Januar, der wahrscheinlich unmittelbar der Rücktritt der Regierung Hertzog folgen wird.

steht kein Zweifel darüber, daß eine nicht zu verachtende Zahl von Kleinhändlern diesem Aufruf Folge leisten würde.

Eine Delegation der Sozialistischen Kammerfraktion hatte eine Unterredung mit Paul-Boncour, der sich darum bemüht, die Sozialisten dazu zu bewegen, auf die Gewerkschaften einen Druck auszuüben, damit diese ihre Oppositionsstellung aufgeben. Bisher ist ihm dies anscheinend nicht gelungen.

## Syrien wird mündig.

Zwischen dem französischen Oberkommissar in Syrien und dem Führer der syrisch-palästinischen Abordnung in Genf, Emir Schekib Arslam, ist eine Verständigung über das künftige Syrien-Statut erzielt worden, das wohl im wesentlichen mit dem Machwerk übereinstimmt, das wir bereits vor einigen Tagen veröffentlichten. Das neue Statut wird innerhalb von zwei Jahren in Kraft treten. Von der Syrischen Republik, die dadurch zum „selbständigen Staat“ erklärt wird, wird jedoch das fruchtbare Küstengebiet des Libanon abgetrennt. Der Libanon wird zu einem gesonderten Staatsgebilde gemacht, das unter dem Protektorat von Frankreich stehen wird. Nach Ablauf von 20 Jahren wird, so heißt es in dem französisch-syrischen Vertrag, eine Volksabstimmung über die Frage, ob der Libanon mit Syrien vereinigt werden soll, stattfinden.

Von Anfang bis zum Ende enthält dieser „Vertrag“ nichts als die Wahrnehmung französischer Interessen. Von syrischen Interessen ist darin nicht die Rede. Das bisherige Protektoratsgebiet Syrien wird in zwei Teile geteilt: der eine, von dem Frankreich wenig Nutzen hat, der es vielleicht nur Geld kostet, wird selbständig genug gemacht, und muß künftig an Frankreich sogar noch Geld zahlen. Im übrigen behält Frankreich jedoch praktisch die politische Macht in diesem Gebiet. Der andere Teil Syriens, der Libanon, von dem Frankreich Nutzen hat, wird völlig willkürlich von Syrien abgetrennt. Ein neues Stück imperialistischer Raubpolitik!

## Um die Unabhängigkeit der Philippinen.

Im Dezember hatte der amerikanische Senat ein Gesetz angenommen, das den Philippinen, die zur Zeit unter amerikanischer Herrschaft stehen, nach zwölf Jahren die „Unabhängigkeit“ einräumt. Das Repräsentantenhaus hatte bereits vorher einen Gesetzentwurf angenommen, der bereits nach acht Jahren die „Unabhängigkeit“ vorsah. Hoover hat dem Repräsentantenhaus sein Veto gegen die Unabhängigkeitsvorlage eingereicht. Am Freitag hat das Repräsentantenhaus mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit das Veto überstimmt, sich also erneut für die „Unabhängigkeit“ entschieden. Jetzt muß noch einmal eine Abstimmung im Senat stattfinden.

## Abnahme der Lynch-Justiz — in Amerika.

Die amerikanischen Organisationen zur Bekämpfung des Lynch-Unwesens berichten:

In den letztvergangenen 50 Jahren sind in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 4780 Menschen der Lynch-Justiz zum Opfer gefallen. Im Jahre 1932 betrug die Zahl dieser Morde erfreulicherweise nur noch 6. Die niedrigste Ziffer seit 50 Jahren!

In den USA eine Abnahme der Lynch-Justiz — in Deutschland eine Zunahme der nationalsozialistischen Fememorde!

## Nachahmenswert.

Ein Richter in Chicago hat 22 Kraftfahrer, die wegen rücksichtslosen Fahrens angeklagt waren, in ein Heim für verkrüppelte Kinder geführt und ihnen dort eine Reihe Opfer solches Tuns zeigen lassen. An der Spitze ein kleines Mädchen, dem ein betrunkenen Kraftfahrer beide Beine abgefahren hatte. Die Vorführung, die dort öfter veranstaltet wird, soll die Beteiligten tief erschüttert haben.

## Feuer in einer Kaserne.

Aus bisher unbekannter Ursache — möglicherweise infolge eines Sabotageaktes — brach in einer Kaserne in Baltimore (USA) Feuer aus, das sich so rasch verbreitete, daß die Häuser im weitem Umkreis des Brandherdes geräumt werden mußten. Es gelang der Feuerwehr, die Munition rechtzeitig fortzuschaffen. Der Sachschaden, der durch das Feuer entstanden ist, beträgt etwa 4 Millionen Mark.

## Der Kampf um das französische Budget.

Trotz der Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten, daß die Regierung bemüht sei, eine Verständigung mit den von dem Finanzplan betroffenen Verbänden herbeizuführen, sieht es vorläufig in Paris keineswegs nach Verständigung aus. Paul-Boncour verhandelt zwar mit den verschiedensten Organisationen, bemerkt dabei aber ausdrücklich, daß von einer Abänderung seines Planes keine Rede sein könne. Eine Abordnung der Kleinhändler, die gegen die vorgesehene Erhöhung der Verbrauchssteuern protestierte, erklärte dem Finanzminister daraufhin, daß sie nicht davor zurückschrecken würde, zum Steuerstreik aufzurufen. Es be-

## Schuldige für den nächsten Krieg

### „Friede auf Erden!“

W. F. j. Noch klingt einem diese Weihnachtsbotschaft der Kirchen in den Ohren, noch hört man das Gestammel der Christen, die die Kirche absolut rein wissen wollen von einer Mitschuld am vorigen Weltkrieg — da beginnt sie von neuem in traumtem Verein mit Generalen, „Luftschutz“-Fabrikanten und anderen Kriegsfreunden den „Geist von 1914“ in die Massen zu träufeln.

Anläßlich der zehnjährigen Wiederkehr des Ruhreinsmarsches veranstaltete der Christliche Verein Junger Männer (CVJM), Kassel, im größten Saal Kassels einen Vortrag des Generals Lettow-Vorbeck über das Thema: „Volk ohne Raum. Der deutsche Heldenkampf in Ostafrika.“

Die Deutschen, ein „Volk ohne Raum“. Das deutsche Volk sei in „entsetzlicher Enge zusammengepfercht“ (ob der Redner dabei an Proletarierwohnungen dachte??); Deutschland sei für Zahl und Betätigungsdrang des deutschen Volkes (wohl der Militaristen!) zu eng! Eine Begründung dieser Behauptungen gab er nicht. Wie könnte er auch, da ihm nicht unbekannt sein wird, daß im deutschen Osten noch ein „Raum ohne Volk“ vorhanden ist! Aber „Volk ohne Raum“, das ist die These, die Lettow-Vorbeck und alle Imperialisten brauchen, um ihrer Forderung nach Kolonien den Schein der Berechtigung zu geben.

Warum sprach Lettow-Vorbeck gerade heute über die koloniale Frage? Er erklärte freimütig, daß es ihm darauf ankomme, den Willen nach Kolonien im deutschen Volke aufrecht zu erhalten, damit in der Stunde, in der es Deutschland möglich sein wird, Kolonien zu erwerben, die deutsche Regierung wieder Resonanz finde.

Lettow-Vorbeck sprach dann von dem Kampf der wenigen Deutschen in Ostafrika und ihrer schwarzen Schutztruppe, der das Ziel hatte, von 1914 bis 1918 möglichst viele Waffentransporte und Soldaten der „Feinde“ vom europäischen Kriegsschauplatz fernzuhalten. Inwieweit das gelang, dar-

über gab Lettow-Vorbeck folgende Zahlen: Etwa 400 000 „feindliche“ Soldaten seien in Afrika von den Kämpfen gegen Deutschland ferngehalten worden; zwölf Milliarden Mark (?) habe der Kampf allein die Engländer gekostet.

Für die nationale Begeisterung und Kriegsbereitschaft, zu der Lettow-Vorbeck die Versammelten aufzuputschen verstand, ist kennzeichnend, daß sie diesen Verlust beifällig beklatschten und am Schluß der Rede in einen lang anhaltenden Begeisterungssturm ausbrachen.

Dem General wurde selbstverständlich der Dank des CVJM ausgesprochen und den 250 evangelischen Jungmännern erklärt, die Stunde sei nicht mehr fern, in der „Letztes“ von ihnen verlangt werde!

Dann: „Großer Gott wir loben Dich“ . . . — Wir gingen. In uns kochte es.

Hinter dem CVJM steht die Kirche, die all das duldet und mitmacht.

Kann es noch einen Zweifel darüber geben, daß es sich für jeden ehrlichen und konsequenten Kriegsgegner gehört, aus der Kirche auszutreten?

## Der Papst als Reklamefachmann.

### Der zahlende Abonnent wird gesegnet.

DFV. Beim Empfang einer Gruppe katholischer Unversitätsstudenten und -studentinnen griff der Papst aus ihrer Huldigungsadresse insbesondere jene Stelle hervor, in welcher die Rede von der Förderung der katholischen Presse ist. Er legte dar, wie wichtig die Zahl der Abonnenten, und zwar der zahlenden Abonnenten sei. Diesen zahlenden Abonnenten gilt daher sein besonderer Segen, wenn man ihn um einen Segen für ein katholisches Blatt bittet.

Der päpstliche Segen scheint in seiner Verwendungsmöglichkeit fast unbegrenzt zu sein. In diesem Falle dient er als Reklamemittel für die katholische Presse.

# Der internationale Klassenkampf.

Zur Erinnerung an die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs im Januar 1919 sowie an den ebenfalls im Januar (1924) gestorbenen internationalen Revolutionär Lenin drucken wir hier aus der längst vergriffenen Sammlung: „Spartakusbriefe“ einen Brief Karl Liebknechts ab, den er an das Königliche Kommandanturgericht in Berlin gerichtet hat in dem Landesverratsprozeß, den man gegen ihn angestrengt hatte, weil er als Soldat in einer Mai-Demonstration öffentlich zum Sturz der Regierung „seines“ Landes aufgerufen hatte.

Die „Spartakusbriefe“ waren das illegale Mitteilungsorgan der linken Gruppe der sozialdemokratischen Opposition während des Krieges. Sie wurden in der Hauptsache herausgegeben von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Franz Mehring — der Beschluß, dieses Mitteilungsblatt erscheinen zu lassen, wurde übrigens auch im Januar (1916) gefaßt. Nachdem Rosa Luxemburg und Franz Mehring in Schutzhaft genommen worden waren, und Liebknecht wegen seines „Landesverrats“ ins Zuchthaus gekommen war, war einer der rührigsten Vertreter der Spartakusgruppe Leo Jogiches. Er ist in den Kreisen der deutschen Arbeiterschaft im allgemeinen nicht sehr bekannt, jedenfalls weit weniger bekannt geworden als zum Beispiel Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Ein wie ausgezeichnete Organisator und politischer Kämpfer dieser Genosse gewesen sein muß, geht daraus hervor, daß er unter der Kriegsherrschaft des preußischen Militarismus, also eines gewiß erbarmungslosen und geschulten Sozialistenhassers, die Zeitschrift *gedruckt* herausgeben konnte, und zwar bis in das Frühjahr 1918 hinein, wo er nach den großen Streiks verhaftet wurde. Nachdem er durch die November-Revolution wieder frei geworden war, brachte ihn seine revolutionäre Tätigkeit sofort wieder in Konflikt mit der „Ruhe- und Ordnung-Regierung der Revolution“. Er wurde im Januar 1919 wieder verhaftet, konnte aber bald wieder fliehen. Ein paar Wochen später wurde er noch einmal verhaftet und diesmal zur Sicherheit gleich nach bewährter Methode „auf der Flucht erschossen“.

„Berlin, den 8. Mai 1916

An das Königliche Kommandantengericht

Berlin.

In der Strafsache gegen mich bemerke ich noch:

1. Landesverrat ist für den internationalen Sozialisten vollkommener Nonsens. Er kennt keine feindliche Macht, der „Vorschub zu leisten“ er auch nur denken könnte. Er steht jeder fremden kapitalistischen Regierung genau so revolutionär gegenüber wie der eigenen. Nicht: „Einer feindlichen Macht Vorschub leisten“, sondern „In internationaler Wechselwirkung mit den Sozialisten der anderen Länder allen imperialistischen Mächten zugleich Abbruch-tun“, ist die Quintessenz seines Strebens.

Er kämpft im Namen des internationalen Proletariats gegen den internationalen Kapitalismus. Er faßt ihn dort, wo er ihn findet und wirksam treffen kann. Das ist: im eigenen Lande. Im eigenen Lande bekämpft er im Namen des internationalen Proletariats die eigene Regierung, die eigenen herrschenden Klassen als Repräsentanten des internationalen Kapitalismus.

In diesem dialektischen Prozeß, im nationalen Klassenkampf gegen den Krieg verwirklicht sich der internationale Klassenkampf gegen den Krieg.

Das ist der Sinn der Worte Jaurès, die zum Motto meiner Ende März 1915 erschienenen Schrift: „Klassenkampf gegen den Krieg“ gewählt sind.

2. Würden die deutschen Sozialisten zum Beispiel die englische Regierung und die englischen Sozialisten zum Beispiel die deutsche Regierung bekämpfen, so wäre das eine

Farce oder schlimmeres. Wer den Feind, den Imperialismus, nicht in den Repräsentanten angreift, die ihm Auge in Auge gegenüberstehen, sondern in denen, die ihm und denen er weit vom Schusse ist, und noch gar unter Approbation und Förderung der eigenen Regierung (d. h. der ihm allein unmittelbar gegenüberstehenden Repräsentanten des Imperialismus), ist kein Sozialist, sondern ein trauriger Offiziosus der herrschenden Klassen. Eine solche Sorte Politik ist Kriegshetzei und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.

Gewiß hat der internationale Sozialist, und nur er, da er den Klassenkampf gegen die eigene Regierung führt, das Recht, auch die fremden Regierungen anzugreifen. Dafür aber finden sich in allen Ländern, auch in Deutschland, genügend Kräfte, Skrupellosigkeit und Demagogie, so daß er seine ganze Kraft dem Angriff gegen die eigene Regierung widmen muß, um wenigstens der schlimmsten Wirrnis entgegenzuwirken.

Darum habe ich mich hier nicht mit den Sünden anderer zu befassen, sondern mit denen der deutschen Regierung; ja, es ist meine Pflicht, die fremden Regierungen gegen unberechtigte Vorwürfe in Schutz zu nehmen, weil die Unwahrheit nirgends zu schonen ist und weil solche Unwahrheiten heute mehr wie je dem verwerflichen Zweck der Völkerverhetzung, der Aufstachelung des Kriegshasses dienen.

Ich habe die ausländischen Regierungen, wo immer sich Gelegenheit bot, in ihren eigenen Ländern Aug in Aug angegriffen, und in Deutschland, wenn ich davon im Ausland einen Erfolg im sozialistischen Sinn erachte oder damit zugleich die deutsche Regierung Aug in Aug angriff.

Niemals werde ich es tun, wenn ich dadurch der Kriegshetzei Vorschub leiste.

Wegen meines Kampfes gegen den Zarismus und die zaristische Politik der deutschen Regierung bin ich jahrelang von den deutschen Behörden verfolgt worden. Unmittelbar vor Kriegsausbruch wurde ich — allen parlamentarischen Ueberlieferungen zuwider — vom preußischen Abgeordnetenhaus voller Haß und Empörung deswegen dem Ehrengericht der Anwaltschaft ausgeliefert; während des Krieges — im November 1914 — wurde das Verfahren gegen mich mit einem Schuldigspruch beendet. Ich werde das Material dazu überreichen, aus dem ersichtlich ist, wie ich unter den heutigen Verhältnissen Angriffe gegen feindliche Regierungen betrachte.

3. Es gehört zum Wesen des bewußten internationalen Kampfes, daß der Sozialist die Kooperation der Sozialisten in allen Ländern als ein Ganzes überblickt, daß er bewußt in dieser Arbeitsteilung zu gemeinsamem Zweck an seinem Teil in seinem Lande mitwirkt, daß er bewußt seinen Kampf und den der Sozialisten in den anderen Ländern als sich ergänzende Funktionen erkennt und so den Kampf auch gegen die Regierungen in sein Bewußtsein aufnimmt.

Dem Gegner im eigenen Lande gegenüber diesen internationalen Gesichtspunkt hervorzuheben, kann als ein Moment der Entschuldigung, der Unsicherheit, der Unentschlossenheit erscheinen und so den Klassenkampf abschwächen. Wenn dieser Gesichtspunkt ausgesprochen werden muß, so nur zur Propaganda unter denen, die für die internationale sozialistische Politik gegen den Krieg zu gewinnen sind und um diese Politik bei denen, die sie betreiben, zu einer bewußten zu machen.

In solchem Sinn und in solcher Form tritt dem Krieg des Kapitalismus die soziale Revolution der Arbeiterklasse entgegen.

Armierungssoldat Karl Liebknecht.

## Ein moralisches Problem.

In einer ausgezeichneten Erinnerungsschrift: „Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches“ hat Karl Radek in seinem Nachruf auf Karl Liebknecht u. a. folgendes gesagt:

„Der Krieg kam. Mit den ersten Nachrichten gelangte das Gerücht ins Ausland, Liebknecht sei zusammen mit Rosa Luxemburg fusiliert worden. Diese Nachricht eilte der Wirklichkeit voraus, sie zeigte aber, daß im Auslande Freund und Feind wußte, von wem der Kampf gegen die Mächte des Krieges zu erwarten sei. Liebknecht war durch diese sich überstürzenden Ereignisse aufgewühlt. An der Schwelle des heroischen Abschnitts seines Lebens zahlte er den letzten Pflichtzoll der Partei, deren revolutionäre Macht sein zerronnenes Traum war. Der Glaube, der 4. August werde nur eine traurige Episode bleiben, veranlaßte ihn, die Disziplin zu wahren und auf den offenen Protest gegen den Krieg am 4. August zu verzichten. Nach einigen Tagen, sah er ein, daß er einen großen Fehler begangen hatte. Er näherte sich Rosa Luxemburg, deren streng theoretisch festgelegte Linie seiner breiten suchenden Natur fremd war, und es entstand zwischen beiden, trotz aller Unterschiede der Wesensart, ein Bund auf Leben und Tod. In den ersten Wochen des Krieges versuchen sie, sich an die Arbeitermassen zu wenden; die Regierung verbietet die öffentlichen Versammlungen. Liebknecht ist entschlossen, bei der zweiten Kreditabstimmung das Banner der Rebellion zu erheben. Er versucht, ein gemeinsames Vorgehen der vierzehn Abgeordneten, die in der Reichstagsfraktion gegen die Annahme der Kriegskredite auftraten, zu erreichen. Sie versagen. Liebknecht, dem die Feiglinge später vorwarfen, er handle nur aus Eitelkeit, um als einziger zu glänzen, rang

bis zum letzten Augenblick, um aus der Schar der wankenden Kollegen wenigstens zwei, wenigstens einen, auf den Weg des gemeinsamen Kampfes mit sich zu ziehen. Es war ein Jammer, zu sehen, wie er, obgleich er alle Mittel der intellektuellen und moralischen Beeinflussung aufwandte, doch in einer Fraktion von über hundert Mann keinen Menschen zu erschüttern, keinem beizubringen vermochte, daß es galt, mit allen faulen Kompromissen zu brechen. Es zeigte sich, wie sehr letzten Endes der Zusammenbruch der Führerschaft ein moralisches Problem war.“

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Hannover:** Mittwoch 18. Januar, 20.15 Uhr, Städtische Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: Kriegstreiber an der Arbeit! Arbeiter, legt ihnen ihr verbrecherisches Handwerk!

**Köln-Sülz:** Dienstag, 17. Januar, 20.15 Uhr, Lokal Hermann Krüll, Marsiliusstr. 36. Thema: Was will der ISK?

Freie Aussprache!

Eintritt frei!

**Magdeburg:** Mittwoch, 18. Januar, 20.15 Uhr, bei Block (früher Lüchtefeld), Knochenhauerufer 27/28. Thema: Die Kriegsgefahr wächst. Betriebs-Kollegen bildet die Abwehr-Front! Redner: Julius Philippson (Berlin). Freie Aussprache! Eintritt: 20 Pfennige, Erwerbslose frei.

A. M. FREY

## DIE PFLASTERKÄSTEN

Unb.-rechtlicher Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Klepenheuer Verlag AG Berlin

1

Sie wurden zu dritt verschickt.

Sie wurden verladen an einem schwülen Septembernachmittag des Jahres 1915: ein Trambahnschaffner aus München, ein Bader aus Altötting — und einer, der in seinem Dasein bisher manches versucht und wenig erreicht hatte, übrigens ein Studierter.

Das war alles, und sie bildeten somit einen sehr kleinen Transport. Man ließ sie ohne Führer fahren; alle drei waren gewöhnliche Soldaten. Aber wohin denn sollten sie sich verlieren? Sie konnten nirgends Aufnahme als eben dort finden, wohin sie abgesandt waren, aufgegeben wie Pakete, wie Stückware mit Geheimadressen versehen, deren Chiffre sie nicht zu enträtseln wußten. Sie hatten kein greifbares Bild vor Augen von dem Platz, an dem sie nun ernsthaft aufgepflanzt werden sollten.

Sie hatten einfach so lange im Zuge zu bleiben, bis alles aussteigen mußte. Wohin der Zug fährt, wird ihnen nicht gesagt. Und sie fragen auch gar nicht; sie sind vom Garnisondienst her gewöhnt, hierhin und dorthin geschoben zu werden, ohne vorher zu erfahren, wohin, ohne nachher, weshalb.

Sie sind für den Sanitätsdienst bestimmt und in ihm in einer phantastisch-theoretischen Weise kümmerlich ausgebildet, sind nicht mehr jung, bewegen sich auf die Mitte der Dreißig zu, der Schaffner geht sogar schon an die Vierzig heran.

Der sie durch die Straßen der Garnison München geleitet hat — mitten auf dem Fahrweg, als seien sie eine raumverlangende, gewichtige Truppe —, dieser Transportführer, der nur bis auf den Bahnhof mithält, hat sie in ein sehr schmutziges Abteil dritter Klasse steigen lassen. Das Coupé sieht aus, als befördere es seit Kriegsbeginn ununterbrochen, ohne eine Stunde aufatmen zu können, Soldaten, und als sei es niemals mehr ge-

reinigt worden. Vertrocknete Wursthäute, Kolonnen von Tabakstummeln, zerfetzte Schokoladenpackungen häufen sich zu Hügel. Ein kleines Chaos, geschaffen aus Abfällen.

Die Garnisondienst-Augen sind solches nicht gewöhnt. Sie sehen es befremdet, sie sehen es langsam erheitert, Vertrauen fassend und in wachsender Genugtuung. Hier ist ein winziges Abbild des Krieges — von der willkommeneren Seite — hier schon beginnt er — im Gegensatz zur gut aufgeräumten, mit Wasser und Besen immer noch streng gefegten Mannschaftsstube daheim.

Der führende Infanterieunteroffizier, der einen knallblau schreienden Rock trägt und einen noch wilder blitzenden Helm, wischt sich den Schweiß unter den Brillengläsern weg und starrt mißbilligend in den Wagendreck, dann aber wider Willen achtungsvoll in die Gesichter der drei von ihm hierher Geschleppten, denn nun fahren sie hinaus ins Feld, er jedoch bleibt weiter daheim — freilich schuldlos, freilich nur seiner fehlerhaften Augen wegen.

Um so mehr strafft er sich im engen betretenen Kragen und drückt den Helm härter aufs Haar, das unterm Leder dampft und trieft, denn der Herbst dieses Jahres ist ungewöhnlich heiß. Er sagt nichts, als die drei Leute im Abteil ihre grautügelzogenen Helme heftig ins Tragnetz legen, beinahe werfen, und mit schon ungebundeneren Griffen die schirmlosen Mützen aus den Tornistern zerren.

Der Trambahner spürt die verhaltene Hochachtung, die bekämpfte Verlegenheit des Vorgesetzten, der draußen und unter ihm steht, und er sagt in einem nie gewagten Ton von Vertraulichkeit: „Herr Unteroffizier, aber hier weht schon ein bißel ein freierer Wind!“

Der Angesprochene wird sofort unnahbar. Er ist froh, mit einem Schlag wieder große Distanz zu haben, man hat ihm dazu verholfen, er sagt: „Daß ihr euch da nur nichts einbildet! Ihr sollt was erleben, wenn ihr keine Disziplin haltet. Daß mir keine Klagen an den Ersatztruppendeiler kommen, während ihr unterwegs seid! Schlechtes Verhalten wird sofort hinaus gemeldet an euer Feldregiment, und ihr werdet draußen nicht weniger bestraft als hier. — Sie, wie heißen Sie — der Stüger, setzen Sie die Mütze gerade, die Kokarde hat genau über der Nasenwurzel —“

Unversehens, mit einem Ruck gerät der Zug ins Rollen, er fährt los ohne Abfahrtszeichen, er fährt einfach davon, als sei das nichts, was er da unternimmt. Die Türen sind offen geblieben, sie werden von den Mitfahrenden ohne Eile herangeholt.

Der Unteroffizier ist vom plötzlichen Ende seiner Mission überrascht. „Also dann alles Gute“, ruft er obenhin im dienstlichen Ton. „Und daß mir nicht —!“

Es ist unnötig, den Satz zu Ende zu sprechen, die drei sind schon zu weit weg. Er kann nur noch ein respektloses Lächeln von Gesichtern auffangen, die sehr unordentlich aus den Fenstern gebeugt sind.

2

Sie rollen. Sie sehen noch eine Weile rückwärts und verspüren, wie die mächtigen Hallenbögen des Bahnhofs zusammenschumpfen. Mit ihnen schrumpft zur Mausefalle die ganze Stadt, der sie entkommen sind, entronnen aus Draht und Gitter. Sie würden vielleicht noch ungehemmter an Freiheit glauben, wenn sie nicht jetzt in stärkerer Fahrt an den großen Brauereien vorbeiklapperten.

„Ja ja, mein Lieber“, seufzt der eine. „Aber ein Bier haben die da draußen manchmal auch.“

„Jetzt geht's dahin“, sagt der andere.

Doch der Trambahnschaffner, der Holzer, weiß was Besessenes. „Ihr seid's ja wie die Jungfern beim Beten“, schießt er. „Vermeihen wir lieber die Wursthaut.“ Und er packt sofort Proviant aus. Er fängt zu essen an, obwohl sie erst vor einer Stunde in der Kaserne ausgiebig gefüttert worden sind.

Bald beschäftigen alle drei ihr Gebiß. Man ist doch an irgend etwas geklammert, wenn man einen Brotlaib umfaßt hält, man hält noch ein Stück Heimat fest. Und außerdem ist Zeit ausgefüllt, solange man kaut.

Es dunkelt, es wird Nacht, es dämmt von neuem, sie rollen an großen Städten vorbei, immer um sie herum, wie in die Personenbahnhöfe, stets ins Gebiet der Güterverladestellen. Sie werden getränkt und gespeist, zusammen mit Herden anderer, die auch unterwegs sind, und hier schon geht die rasselnde Wirtschaft mit den Feldkesseln los, die noch endlose Jahre dauern soll — mit den Kesseln, die nie mehr richtig sauber werden, die bald verbeult und muffig sind und bleiben.

(Fortsetzung folgt.)

## Vor einer Generalaussperrung in Dänemark.

Der dänische Arbeitgeberverband hat am Freitag die erste Warnung einer Generalaussperrung der dänischen Arbeiter ausgesprochen, weil diese sich weigerten, die von den Unternehmern der wichtigsten Industrien (Schwerindustrie, Baugewerbe u. a.) geforderte zwanzigprozentige Lohnsenkung anzunehmen. Nach dem dänischen Schlichtungsgesetz darf die Aussperrung erst erfolgen, nachdem die Arbeiter zweimal gewarnt worden sind. Das früheste Datum für den Beginn des Kampfes ist daher der 1. Februar. Von der Aussperrung würden etwa 100 000 Arbeiter betroffen werden.

### Neue Tarif-Vereinbarungen.

**Lohnabkommen für das badisch-pfälzische Elektroinstallationsgewerbe.** Zwischen dem „Arbeitgeberverband der Elektro-, Betriebs- und Installationsfirmen in Baden, der Pfalz und angrenzenden Bezirken“ und den Arbeitervereinigungen wurde ein neues Lohnabkommen mit Wirkung vom 1. Januar an abgeschlossen. Die Stundenspitzenlöhne in der höchsten Ortsklasse wurden für den gelernten selbständigen Facharbeiter in der Werkstatt und den gelernten selbständigen Monteur auf 96 Pfennige festgesetzt, für den Hilfsarbeiter und den gelernten Facharbeiter in der Werkstatt auf 86 Pfennige, für den angelernten Arbeiter (Helfer) auf 76 Pfennige, für den ungelerten Arbeiter auf 71 Pfennige. Der Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten läuft am 2. März 1933 ab. Die Zentralorganisationen des Reichstarifvertrages haben am 12. Januar eine Vereinbarung getroffen, die die Wege zu einem neuen Reichstarifvertrag ebnet.

### Leistungsraub an den Mitgliedern einer Pensionskasse.

Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mitteilt, hat der Aufsichtsrat des Beamten-Versicherungs-Vereins für das deutsche Bank- und Bankier-Gewerbe, der Pensionskasse des Bankgewerbes, auf den 26. Februar des Jahres eine außerordentliche Generalversammlung anberaumt. Gegenstand der Beratungen dieser Versammlung sollen die Leistungsherabsetzungen sein, die gegen den Widerspruch der Angestellten-Vertreter von der Mehrheit des Aufsichtsrats im November 1932 beschlossen wurden. Der Bankangestellten-Verein, die in ihrer großen Mehrzahl im Beamten-Versicherungs-Verein für ihr Alter und gegen Berufsunfähigkeit versichert ist, hat sich große Erregung bemächtigt, da das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung trotz glänzender Vermögenslage von etwa 165 Millionen Mark bei einem Versichertenbestand von 58 000 geplanten Leistungsminderungen seine Zustimmung erteilt hat. — Das ist nichts anderes als demokratisch „legalisierter“ Raub. Die Angestellten traten der Kasse seiner Zeit bei, unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß ohne zwingende Notlage die Vertragsbestimmungen nicht verletzt würden.

### Die Kirchnaustrittsbewegung in Frankfurt am Main.

Nach einem Bericht des Landeskirchenrates betrug die Zahl der Kirchnaustritte aus der evangelischen Kirche des Bezirkes Frankfurt am Main im Jahre 1931 3409. In der Mehrzahl der Fälle war der Grund des Austritts angeblich große religiöse Gleichgültigkeit; wegen Verärgerung über die Kirchensteuer wurde dann der abschließende Trennungstrich gezogen. — Wie groß müßte erst die Austrittsbewegung sein, wenn alle religiös Gleichgültigen der Kirche den Rücken kehren würden!

# Die NSDAP kauft sich ihre Pgs.

Hr. Wir fahren mit dem „Funken“ in das kleine hessische Städtchen F. Am Eingang des Ortes stehen vor einer Kneipe zwei große SA-Trupps. Sind wir in ein Nazi-Nest geraten? Diese Menge von Braunhemden bei einem so kleinen Gebiet wie F. zusammen mit dem benachbarten G. ist ja erschreckend! Werden wir's beim „Funken“-Verkauf zu spüren bekommen?

Wir stellen die Räder bei einem Genossen unter, und dann geht's los. Von der erwarteten Gegnerschaft ist fast nichts zu spüren. Wir sind unter Genossen, wir kommen zu sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern, bei denen die Parole der Einheitsfront ein starkes und lebhaftes Echo findet. Der Ton, in dem sie von einander sprechen, ist der von Kameraden, die in einer Front gegen den gemeinsamen faschistischen Gegner stehen. Einer weist mich allerdings zurück — er kennt den „Funken“ offenbar schon: „Nein, ich bin nicht für Eure Einheitsfront; ich will die Eiserner Front!“ Aber er sagt es lachend und zückt dabei schon den Groschen für die Zeitung. Als ich ihn nach seinem Urteil über die Chemnitzer Wahl frage, wo dank der Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten ein rein kommunistisches Stadtverordneten-Präsidium gewählt worden ist, da strahlt er vor Begeisterung: „Das war großartig! Da haben wir die Bürgerlichen richtig weggejagt!“

Was ist's mit den Nazis? Darüber erhalten wir bald Bescheid: Seit einer Woche sind sie hier einquartiert, machen Übungen, „Geländespiele“ und was so zu einer ordentlichen Kriegsvorbereitung gehört. Heute abend ist „Manöverball“ in M. Morgen rücken sie von hier weg in ein neues Quartier, wo dann wieder eine Woche lang Soldat gespielt werden soll.

„Wie wird denn die Bande hier im Ort aufgenommen? Bei Euch können sie sich doch nichts holen!“ Einer lacht: „Bei uns natürlich nicht; da lassen sie auch die Finger davon. Gestern abend sind wir so einem Trupp von ihnen begegnet. Wir waren acht Mann; sie weit mehr. Aber uns packte die Wut. Da haben wir uns geschlossen an den Straßenrand gestellt, die Fäuste hoch, die einen riefen „Rot Front!“, die andern „Freiheit!“ Und die Nazis zogen vorbei, als sähen und hörten sie nichts. Wir waren ihnen zu einig.“

Ein anderer macht ein besorgtes Gesicht. „Uns kriegen sie nicht. Aber da sind genug, die zu ihnen kommen. Die Bauern halten alle zu ihnen und werfen den Köder aus. Ein Bauer hat ihnen hier für die Verpflegung zwei Küber gestiftet, ein anderer ein Drei-Zentner-Schwein, einer zwei Zentner Erbsen, einer drei Sack Weizen. Wie die hier gelebt haben, während dieser Woche! Die Bäcker in G. hatten den ganzen Morgen für sie zu tun: Brötchen backen. Da ist mancher Erwerbsloser aus der Gegend zu ihnen gelaufen.“ Die Genossen fangen an, aufzuzählen: „Der N. ist dabei. Den S. hab ich mitmarschieren sehen. P. hat die Übung mitgemacht.“ „Wie ist denn das möglich? Der ist doch Briefträger und hat Dienst!“ „Na, für so was kriegt er natürlich Urlaub!“ „Diese verdammten Steckerübennazi! Sie sind Proleten und gehören eigentlich zu uns. Aber wer ihnen zu essen gibt, zu dem gehen sie. Der Versuchung ist heute mancher Erwerbsloser nicht mehr gewachsen.“

Nicht weit von F., in A., war ein Erwerbsloser, dessen Frau war krank und brauchte eine Kur. Der Mann stellte beim Bürgermeister einen Antrag auf Unterstützung. Er wurde abgewiesen: Er sei selber Wohlfahrtsempfänger, die Gemeinde könne nicht mehr für ihn aufbringen. Das hörten die Nazis, die im Gemeinderat saßen. Sie machten sich an den Mann heran. Die Frau bekam die Kur, und die NSDAP bekam den Mann.

Die Methoden der Nazis haben sich geändert, sie sind derber und offener geworden. Als die NSDAP vor drei Jahren hier in der Gegend mit ihrer Propaganda anfang, da wurde noch gearbeitet: Abend für Abend Versammlungen, in denen den Menschen zugemutet wurde, stundenlang zuzuhören. Jetzt heißt die Parole: „Brot und Spiele!“ Mit solchen Lockmitteln werden Erwerbslose gekauft und die Mitgliederlisten dieser degenerierten Partei aufgefüllt. Es ist eine Spekulation auf die Krise, aber solange die Krise herrscht, finden sich auch immer noch Menschen, die dieser Versuchung keine hinreichende Gegenkraft entgegenzusetzen haben.

Um so wichtiger ist es, daß auch die proletarischen Organisationen alle Möglichkeiten auszunutzen, um ihre Mitglieder vor der schlimmsten Krisennot zu schützen!

### „Einen bessern find'st Du nit?“

Wie der „Fränkische Kurier“ berichtet, hat Hindenburg dem Herrenreiter und Reichskanzler außer Dienst, von Papen, sein Bild mit der Widmung „Ich hatt' einen Kameraden...“ geschenkt. Wenn die Meldung stimmt, versteht man, weshalb Hitler von der Vermittlung Papens bei Hindenburg für sich so viel erwartet.

### Kinobesitzer gegen Filmkontingentierung.

Der Verband der Lichtspieltheater Berlin-Brandenburg veranstaltete am Donnerstag eine Notkundgebung. Der Verbandsvorsitzende erklärte, daß die Kinobesitzer sich zum großen Teil in schwerer finanzieller Not befänden. Als Hauptgrund dafür gab einer der Redner die einschneidende Filmkontingentierung an, die eine stark einseitige und daher geschäftsschädigende Spielplangestaltung zur Folge habe. Auch die Zensur beeinträchtige durch die Verzögerung des Aufführungstermins den Geschäftsgang. Schließlich wurde noch gegen die zu hohe Besteuerung der Kinos Stellung genommen.

### Deutsche Friedensgesellschaft, Bez. Ost.

Montag, 16. Januar 1933, 20.15 Uhr, im Lokal „Zur Molle“ Berlin O 17, Am Ostbahnhof 2: A. Falk spricht in einer Diskussionsversammlung. Thema: „Der Niedergang einer Republik.“

### Deutsche Friedensgesellschaft, Bez. Nord/Nordwest.

Am Montag, dem 16. Januar, um 20.15 Uhr, im Restaurant „Zum kleinen Gewerkschaftshaus“, Fennstr. 15 (Nähe Weddingplatz), spricht Dr. Richard Kleineibst in einer Mitgliederversammlung mit Gästen über das Thema:

„Morgen wieder Krieg?“

### Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit

Ortsgruppe Berlin. Montag, 16. Januar, 20 Uhr, Klubhaus Am Knie, Charlottenburg, Berliner Str. 27. Dr. med. Felix Boehm: Hungert das deutsche Volk? Unkostenbeitrag 50 Pf. Mitglieder und befreundete Organisationen 30 Pf., Jugendliche und Erwerbslose 20 Pf. Gäste willkommen!

### Protestversammlung gegen die Vivisektion.

Dienstag, 17. Januar, 20.15 Uhr, Festsaal „Zum Alten Askaniens“ (großes Altes), Berlin, Anhalterstr. 11 (Anhalter Bahnhof). Pünktlicher Beginn. Eintritt frei. Aussprache.

Tierschutzorganisation R. d. E., Ring der Entschlenen, E. V.

Verantwortl. Schriftleiter: Willt Eichter, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909 Druck A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

**Herde Oefen / Gaskocher**  
nirgends besser und nirgends billiger als bei  
**C. F. W. Lademann Söhne**  
Berlin SW 19, Wallstr. 84/85  
U-Bhf. Inselbrücke

**Feinbesohl-Anstalt**  
und Schuhfärberei  
**HANS SACHS**  
Berlin SW / Dresdener Straße 111  
garantiert für erstklassige Arbeit

**Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords**  
günstige Posten Macoutuch kauft man gut und billig bei  
**Kurt Levy, Berlin O 112**  
Scharnweberstr. 16/17.

Kauft preiswert und in bester Qualität  
**Vollwertnahrungsmittel**  
vom Reformhaus  
**Gesundheitsquelle**  
Berlin / Köpenicker Str. 96 / Ecke Insel- und Neue Jakobstr.

**Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften**

bei billigster Preisberechnung druckt

**A. Janiszewski**

Buchdruckerei und Verlag, GmbH.

Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf Sammelnummer F 1 Moritzplatz 647.

**Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landhelme, Ferien-Lager, Schulen u. s. W.**

erhalten

**Reform-Nahrungsmittel**  
zu Ausnahme-Preisen.  
Bitte, Sonder-Liste anfordern!

**Frischkost-Reformhaus Magdeburg**  
Otto v. Guerickestr. 104.

**Seifen Wirtschaftsartikel**  
gut und preiswert  
**Otto Scaruppe**  
Berlin-Reinickendorf-Ost, Wilkestr. 1

**Bürobedarfsartikel**  
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

**A. H. Timmermann**  
Hamburg 85, Lulsenweg 61 III.

Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung

**I. Fürchtenicht**  
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

**Röstkaffee**

per Pfund 2.—, 2,40, 2,80, 3,20 Mark.  
Lieferung ab 3 Pfund frei Haus.  
Nachnahme oder Vorkasse auf Postcheckkonto: Hamburg 71108.

**Robert Ziegler, Kaffee-Versand**  
Hamburg 83 / Heideborn 42.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:

Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen

**G. Funke**  
Elektrotechniker  
GOTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

BERLIN

**KAMERA**

Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987

Seit 10. Januar:

Asien — so und so!

Der Russenfilm  
Der blaue Express  
Regie: I. Trauberg  
Der Rächer des Tong  
mit Edward Robinson

Erste Vorstellung 18. letzte Vorstellung 21 Uhr

**Erstklassige Maßarbeit**

Herren-Anzüge  
Mäntel  
Damen-Mäntel  
Kostüme  
Tadelloser Sitz

**Schönheit**  
MAGDEBURG  
Johannisbergstr.  
10, III.  
Stoffmuster  
vorrätig.

**VEGA KÖLN, Beethovenstraße 19**

Vegetarische Gaststätte

Neuzeitliche Ernährung nach Dr. med. Bircher-Benner, Zürich  
Speisezeit ununterbrochen von 12 bis 20 Uhr

**Sprechapparate Koffer/Schatullen/Schränke**

**Schallplatten** für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!

**Otto Pfothauer, Weimar**  
Gläserstr. 14

**Was soll die Arbeiterschaft tun gegen die Militärdiktatur in Deutschland?**

Das Stillhalten der organisierten Arbeiterschaft gegenüber Schleicher und den hinter ihm stehenden Unternehmern und Großagrariern macht weitgehend eine Neuorientierung der klassenbewußten Arbeiter in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!“ Die Theorie, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, ist in folgenden, kurzgefaßten Schriften niedergelegt:

**LEONARD NELSON:** Die bessere Sicherheit. Ketzerien eines revolutionären Revisionisten. 2. Aufl. 22 Seiten. 0,40 M. Diese Schrift enthält die kritische Auseinandersetzung mit dem „historischen Materialismus“.

**MINNA SPECHT:** Jakob Friedrich Fries. Der Begründer unserer politischen Weltanschauung. 26 Seiten. 0,60 Mark.

**Verlag „Öffentliches Leben“**

Berlin S 14, Inselstr. 8a Postcheck: Berlin 81842

# Aus dem Haushaltsausschuß des Reichstags.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages gab der Reichsarbeitsminister Syrup am Donnerstag einen Ueberblick über den Stand des Haushaltes der

## Öffentlich-rechtlichen Versicherungseinrichtungen.

Die Einnahmen aus Beiträgen und die gesamten Ausgaben betragen bei Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung:

	Einnahmen	Ausgaben
1929 . . .	4 304 Mill. Mark	4 372 Mill. Mark
1930 . . .	3 987 " "	4 379 " "
1931 . . .	3 174 " "	4 096 " "
1932 . . .	2 660 " "	2 445 " "

Die Einnahmen sanken von 1929 auf 1932 um 1644 Millionen, die Ausgaben um 651 Millionen.

In der Arbeitslosenversicherung wurden 1929 1338 Millionen Mark, 1932 721 Millionen Mark ausgegeben, von Beiträgen wurden 1929 890 Millionen Mark eingenommen, 1932 dagegen 1020 Millionen Mark. Der

## Beitragsüberschuß von rund 800 Millionen

ging mit 50 Millionen Mark an Gemeindefürsorge, mit 250 Millionen Mark an die Krisenfürsorge. Erst Mitte Februar könne man über die zukünftige Lage des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosenversicherung etwas sagen, dann sei normalerweise der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit erreicht.

Anschließend gab der Wirtschaftsminister etwas über Krisentheorie zum besten. Was er da von sich gab, war nicht gerade dazu angetan, sein Ansehen als eines wirtschaftswissenschaftlichen Fachmanns zu heben. Warmbold bezeichnete die derzeitige Wirtschaftskrise als „Kriegsfolge“ (woran, rein zeitlich betrachtet, nicht zu zweifeln ist) und als Auswirkung der ungeheuerlichen Kriegsschulden (womit denn die Wirtschaftskrise in dem Gläubigerstaat Nordamerika ihre überzeugende Erklärung gefunden hätte). Der Reichswirtschaftsminister meinte, es sei eine noch zu untersuchende Frage (es wird höchste Zeit, dies endlich „zu untersuchen“), ob der Ablauf der Krise durch öffentlichen Eingriff in günstigem Sinne beeinflusst werden könne. Ob solche Maßnahmen Erfolg hätten, das hänge davon ab, in welchem Augenblick sie ergriffen würden. Nur dann, wenn der Abschwung der Krise vollendet sei, hätten solche Eingriffe Zweck. Das sei jetzt der Fall. (Herrliche Weisheit eines Wirtschaftsministers: erst wenn die Krise beendet ist,

haben Eingriffe zur Beendigung der Krise Zweck!). Es sei ein „großes Verdienst“ der früheren Regierungen, daß sie in den Konjunkturablauf nicht eingegriffen hätten, bevor der Konjunkturabschwung vollendet war. (Es stimmt erstens nicht, daß die früheren Regierungen nicht in den Konjunkturablauf eingegriffen hätten, im Gegenteil ist gerade durch solche Eingriffe im Interesse der Kapitalistenklasse — Subventionen für längst bankrotte Betriebe u. s. w. — der „Krisenabschwung“ wesentlich verhindert und der „Umschlag“ verzögert worden. Es kommt bei Eingriffen in den Krisenverlauf nur darauf an, an welcher Stelle man mit Maßnahmen einsetzt, welche Mittel man anzuwenden gedenkt, und in wessen Interesse der Staat diese Eingriffe vornimmt. Auf jeden Fall ist aller Fatalismus der Krise gegenüber falsch.)

Zustimmen können wir dagegen den Forderungen Warmbolds, die Erschwerungen des internationalen Warenverkehrs abzubauen und eine Kreditkooperation der Länder herbeizuführen.

Einberufung des Ältestenrats. Der Ältestenrat des Reichstags ist auf Freitag, den 20. Januar, einberufen worden. In dieser Sitzung soll Beschluß gefaßt werden über die Tagesordnung der nächsten, auf den 24. Januar angesetzten, Reichstagsitzung.

## Reaktionäre Umbesetzung im preußischen Innenministerium.

Der seit dem Ausscheiden des Staatssekretärs Abegg unbesetzte Staatssekretärposten wird mit dem deutschen Nationalen (!) Reichstagsabgeordneten Herbert von Bismarck neu besetzt werden. Bismarck war früher Landrat des Kreises Labes in Pommern und wurde im Zusammenhang mit dem Volksbegehren über den Young-Plan vom Innenminister Severing zur Disposition gestellt.

Unterredung Schleicher-Hugenberg. Am Freitag war Hugenberg etwa 2 1/2 Stunden bei Schleicher in der Bendlerstraße. Ueber den Verlauf der Unterredung wird amtlich keine Mitteilung gemacht.

# Hier werden noch 'Erklärungen' angenommen.

## Die armen Industriellen Sachsens.

Zu der Entschliebung des Reichslandbundes erläßt der Verband Sächsischer Industrieller folgende Erklärung:

„So verderblich sind wir in unserer Wirtschaftsnot geworden, daß der älteste und größte deutsche Stand durch die Stimme seines politisch machtvollen Verbandes in einer öffentlichen an die Reichsregierung gerichteten Entschliebung einem anderen mit unseres Volkes Aufstieg und Selbstgeltung untrennbar verbundenen, unter schwerster sachlicher und seelischer Not leidenden Berufstand, zugleich einem der besten Kunden, die die Ehre abschneidet und ihn beschimpft. Die Entschliebung, die der Vorstand des Reichslandbundes wissenschaftlich und willentlich verbreiten ließ, besagt: „Die Ausplünderung der Landwirtschaft zugunsten der allmächtigen Geldbeutel-Interessen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten dauert an.“ So zu sprechen war bisher gewerbemäßigen Volksrednern vorbehalten. Entweder die drohende Phrase ergeht wider besseren Wissens oder sie enthält schlimmes Nichtwissen. In jedem Falle ist der gerichtete, der sie hinschrieb und unterschrieb. Wir, die Industriellen Sachsens, eines an Ackernahrung armen überverkörnten Landes, arbeiten seit Menschenaltern mit unseren verkümmerten Arbeitern

für Fremde, damit unser dicht gedrängtes, an Entbehren gewohntes Volk dem deutschen Bauer das heute ohne unsere Schuld karg gewordene Brot abkaufen kann.

Wir sind so stolz und so frei wie der deutsche Bauer. Wir leiden seine Not und denken und handeln so deutsch wie er. Wären wir allmächtig, ginge es uns und ihm besser. Wir

nehmen den deutschen Bauer vor seiner ehrabschneiderischen Ständevertretung in Schutz.“

## Auch der städtische Hausbesitz wünscht Vollstreckungsschutz.

Der Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine hat an den Reichspräsidenten und die Reichsregierung folgendes Telegramm gerichtet:

„Der deutsche Haus- und Grundbesitz leidet gleichermaßen wie die Landwirtschaft unter den vernichtenden Wirkungen der sich trotz bestehender Schutzvorschriften ständig mehrenden Zwangsversteigerungen. Auch der städtische Hausbesitz bittet daher auf das Dringlichste, die bestehenden Vollstreckungsmaßnahmen zu erweitern und insbesondere diesen Schutz auf Pfändungen in das bewegliche Vermögen auszudehnen. Zur Vermeidung eines Ruins zahlreicher Mittelstandsexistenzen ist weiterhin dringend erforderlich, für fällige Aufwertungshypotheken Schutzbestimmungen entsprechend unseren Anträgen schnellstens zu erlassen.“

Der Preußische Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine und der Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine, die über rund angeblich 300 000 Mitglieder haben, schickten gemeinsam ein Telegramm an Hindenburg, das an Byzantinismus kaum noch zu übertreffen ist. Das Telegramm beginnt: „Ew. Exzellenz bittet der ergebenst Unterzeichnete . . .“ Dieser „ergebnst Unterzeichnete“ schließt mit den Worten: „Der Herr Reichspräsident wolle als Schirmer von Recht und Gerechtigkeit auch uns bodenständigen Mittelständlern, die immer dem Staate gern gaben, was des Staates ist, Recht und Gerechtigkeit wie dem ländlichen Grundbesitz widerfahren lassen.“

# Weißt Du noch?

In Italien wurden vom Februar 1927 bis zum Mai 1931 insgesamt 2412 Personen zu 7582 Jahren Gefängnis verurteilt, 7 Personen zum Tode und eine Person zu lebenslänglicher Zwangsarbeit. Es handelt sich durchweg um Feinde des Faschismus.

In Bulgarien mordet die faschistisch-mazedonische IMRO offen unter den Augen der Behörden und übt offenen Terror gegen die Bauern aus.

In Litauen wurde eine 18jährige Kommunistin zu 9 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie am Grabe eines Kindes eine antifaschistische Rede gehalten haben soll.

In den USA wurden 43 Bergarbeiter wegen vorsätzlichen Mordes angeklagt, die während des Streiks in Kentucky, von den Grubenbeamten angegriffen, an einer Schießerei teilgenommen haben. Sechs von ihnen, deren Prozeß bereits stattgefunden hat, sind zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt worden.

Mooney und Billings sind seit 15 Jahren unschuldig im Gefängnis.

In Indien sind 32 Gewerkschaftsführer seit fast 4 Jahren im Gefängnis von Meerut in Untersuchungshaft.

Das deutsche Statistische Reichsamt hat vor einiger Zeit ausgerechnet, daß der Versorgungsgrad der deutschen Bevölkerung je Vollpersonen 1931 durchschnittlich 22 Prozent unter dem Vorkriegsniveau lag.

Unter Zugrundelegung der Lebenshaltungskosten von 1928 stellte das Statistische Reichsamt fest, daß das reale Arbeitseinkommen je verfügbaren Arbeitnehmer 1931 um 7,7 Prozent niedriger war als 1918. Bei dieser Berechnung sind die Lohnsenkungen auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 noch nicht berücksichtigt.

## Eine Stimme der Vernunft.

Auf der Vollversammlung der Bochumer Industrie- und Handelskammer führte der Kammerpräsident Oberberggrat von Velsen unter anderem folgendes aus:

Die Industrie sei sicherlich gewillt, der Landwirtschaft einen weitgehenden Schutz gegen den furchtbaren Preisdruck der Weltagrarprodukte zuteil werden zu lassen. Industrie und

# Der Unfug des „Luftschutzes“.

W. N. Die zur Zeit in Dortmund weilende „Luftschutz-Ausstellung“ des Deutschen Luftschutzverbandes zeigt an einer Reihe graphischer Darstellungen u. s. w. die Gefahr und die Wirkungsmöglichkeit von Fliegerangriffen. Sie bietet aber auch allen irgendwie in Frage kommenden Firmen die Möglichkeit, für ihre Erzeugnisse zu werben, sodaß der Eindruck bleibt, daß dieser behördlich stark geförderte Luftschutzrummel der Stahl- und der Gasschutzindustrie außerordentlich gelegen kommt und eine billige und stetige Reklame darstellt.

Während mit Recht überall auf die Hilflosigkeit der von Gasangriffen Betroffenen hingewiesen wird, während der Vertreter eines Siegerstaates (Baldwin) erst kürzlich im Unterhaus vom kommenden Krieg als Giftkrieg in fürchterlichster Gestalt sprach, ist man erstaut, auf dieser Ausstellung zu hören, daß die Gefährlichkeit der Fliegerangriffe von der Presse „übertrieben“ werden. Seitens der Ausstellungsführer erklärte man, daß keineswegs jeder im Besitze einer Gasmasko sein solle (bei einem Preis von etwa 25 Mark einschließlich Einsatz), sondern es „genüge“ für die Bevölkerung ein Atemschutz Tuch (!). Weiter hieß es, daß bei guter Vorbereitung des Luftschutzes die Fliegerangriffe „nicht so gefährlich“ seien, da es sich als unmöglich herausstellen würde, größere Gebiete gründlich zu vergasen, wie zum Beispiel bei einem Artilleriefeuer.

Dieser Behauptung stehen aber die Erfahrungen des Krieges entgegen und sie widersprechen auch den auf der Ausstellung gezeigten Bildern über den Wirkungsbereich eines einzigen Geschwaders von zehn Flugzeugen, das in der

Handel müssen aber alle Maßnahmen zurückweisen, die politisch spekulativer Natur seien, die der Landwirtschaft nicht helfen, aber den deutschen industriellen Export stören und damit die innere Krise verstärken. Dazu gehören die Versuche der Kontingentierung der deutschen Lebensmittelaufuhr, dazu gehören unter anderem auch der Beimischungszwang von Butter zur Margarine u. s. w. All diese Versuche verteuern unnützlich die Lebensmittelversorgung der Massen, seien aber nicht in der Lage, den erforderlichen Absatz für das inländische Erzeugnis zu schaffen. Dazu bedürfte es der Hebung der Kaufkraft durch Ueberwindung der Arbeitslosigkeit.

Wenn die vollbeschäftigte Arbeiterschaft wieder Butter und Fleisch kaufen könne, sei die Agrarnot überwunden. Ein künstlicher Preisauftrieb schaffe noch keinen Absatz.

Wenn wir von den anderen Ländern handelspolitische Vernunft verlangen, werden wir diese auch selber üben müssen.

Jede zentrale Arbeitsbeschaffung schließe den Nachteil in sich, daß nach der Aufzehrung der dafür erforderlichen Mittel die Arbeitslosigkeit im gleichen Umfange verbleibe, während in der Gütererzeugung die investierten Kapitalien durch den Umsatz immer wieder in die Produktion zurückkehren und so immer neue Arbeitsgelegenheiten schaffen können. Andererseits müsse auch gefragt werden, woher denn die Mittel für die große zentrale Arbeitsbeschaffung geholt werden sollen. Auf keinen Fall dürfen irgend welche Experimente gemacht werden, die aufs Neue die Gesamtwirtschaft belasten und dadurch Arbeitslosigkeit erzeugen, noch dürfen solche Wege gegangen werden, die irgend wie an der Stabilität der Währung rütteln könnten.

## KP-Verbot gefordert.

### Ablenkungsversuche der Nationalisten.

Die dem „Stahlhelm“ nahestehende „Kreuz-Zeitung“ hetzt gegen die Kommunistische Partei und fordert ein Verbot der KPD. Auch die Mandate der Partei im Reichstag müßten „gelöscht“ werden — aus Ersparnisgründen, denn die hundert Abgeordneten bekämen monatlich 60 000 Mark Diäten, wovon sie die Hälfte an die Partei abgeben müßten, sodaß also der Staat indirekt die KP-Propaganda finanziere. Dazu kämen noch ähnliche Summen aus Länder- und Gemeindeparlamenten.

Es ist den Herren vom „Stahlhelm“ und der „Kreuz-Zeitung“ doch wohl nicht ganz unbekannt, von welcher Seite mit dem Terror begonnen wurde. Die Morde an Arbeitern mit ihren Führern durch Nationalisten begannen 1919 und dauern unvermindert an! Auch wenn man den individuellen Terror scharf ablehnt, kann man immerhin verstehen, daß Genossen sich hinreißen lassen, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, ganz abgesehen von jenen Fällen, wo es sich um reine Verteidigungsmaßnahmen handelt, bei denen die Angreifer Schaden an Leib und Leben erlitten, den sie sich selber zuzuschreiben haben. Diese Forderungen der „Kreuz-Zeitung“ sollen nur von den eigentlichen Schuldigen und von den entmenschten Bluttaten der letzten Zeit ablenken, die von Nationalisten, von SA-Leuten verübt, wurden, was schließlich sogar bei den anständig Denkenden der Rechten Anstoß erregt. Ähnlich steht es auch mit den Nachrichten von einer angeblichen Femeoorganisation der KP, die zur Zeit bewußt in die Öffentlichkeit lanciert werden, obwohl kein Beweisgrund beigebracht wird. Es soll von den tatsächlichen Femeomorden der SA abgelenkt werden.

## Die Organisation der Mörder.

In Jena ist ein furchtbares Verbrechen aufgeklärt worden. Am 23. November 1932 war eine Frau Weisenborn verschunden, nachdem sie vorher geäußert hatte, sie wolle nach Gotha fahren und dort ihr Kind und 5000 Mark Ersparnisse bei Verwandten unterbringen. Jetzt wurde die Vermisste in der sogenannten Toten Saale bei Jena als Leiche in einem Sack gefunden. Als Täter wurden zwei SA-Leute ermittelt, die Frau Weisenborn erwürgt und in der Toten Saale versenkt haben, nachdem sie ihr vorher die 5000 Mark abgenommen hatten. Der eine der Mörder hatte ein Verhältnis mit der ermordeten Frau und hat ihr wahrscheinlich den Plan mit der „Anlage“ der 5000 Mark bei Verwandten eingeredet. Die Verhafteten schickten später zwei von ihnen geschriebene Postkarten nach Jena an Verwandte der Ermordeten, um vorzutäuschen, daß sie wirklich nur verreiset sei. — Das ist innerhalb kurzer Zeit das vierte derartige Verbrechen von SA-Leuten (wir erinnern an den Fall Hentsch in Dresden, an den Raubmord an einem Gutsbesitzer bei Stettin, an die Ermordung eines Mädchens durch SA-Leute in Frankfurt a. M.) und kennzeichnet die Verwilderung dieses Mordgesindels. Das ist weiter kein Wunder bei der „Erziehung“, die dieser Bürgerkriegsgarde erteilt wird. Wann endlich wird den Mordgesellen der SA, jenen „aufbauwilligen Kräften“, die von den Nationalisten aller Schattierungen und der nationalistischen Presse immer so gehätselt und in Schutz genommen werden, das Handwerk gelegt?

# Von Großagrariere-Frechheiten und agrarpolitischem Sumpf.

Durch die ökonomische und sonstige Umbildung und die zum Teil daraus sich ergebende Nachgiebigkeit der deutschen Regierungen unglaublich verwöhnt, infolge ihrer schlechten Wirtschaftslage offenbar zum äußersten bereit, lassen die deutschen Großagrariere Proteste über Proteste und Fluten von Anklagen und Anschuldigungen los, sobald nicht restlos nach ihren Wünschen verfahren wird. Der Zeitpunkt für die Durchführung neuer Hilfsmaßnahmen lautete: „noch vor Weihnachten“. Ende des Jahres erließ die Reichsregierung die Margarine-Verordnung; das war bisher alles. Die deutschen Großagrariere toben.

„Einen temperamentvollen Verzweiflungsschrei des Landvolkes“

so nennt Hugenbergs „Landwirtschaftliche Wochenschau“ die Entschließung des Landbundes, die wir am Freitag auf der ersten Seite des „Funkens“ abdruckten, und die die Reichsregierung so in Rage gebracht hat, daß sie für die Zukunft Verhandlungen mit den Vorstandsmitgliedern des Reichslandbundes abgelehnt hat.

Diese Erklärung der Regierung bringt die Großagrariere keineswegs von ihren Frechheiten ab. Unter der Überschrift: „Nervöse Agrarpolitik“ erscheint in der „Landwirtschaftlichen Wochenschau“ unter anderen folgende Drohung:

„Wie Otto Braun sehr bald den Boykott aufheben mußte (den er vor einigen Jahren gegen die Rheinische Landwirtschaftskammer ausgesprochen hatte), so hatte 1903 auch der Landwirtschaftsminister von Podbielski mit seiner nervösen Antwort an Dietrich Hahn letzten Endes nur den späteren Sturz der Regierung vorbereitet. Der Vergleich mit 1903 drängt sich auch dadurch auf, daß damals Dietrich Hahn seine scharfe Kritik ausgesprochen hatte, weil die Regierung im Zusammenhang mit der Handelspolitik auf die nötige Förderung der Landwirtschaft verzichtet hatte, und daß damals wie heute die Regierung dem Landbund das Recht der Vertretung der Landwirtschaft absprach und nur noch mit den amtlichen Berufsvertretungen zu arbeiten gewillt war. Daß Reichskanzler von Schleicher diese historische Erinnerung sich nicht eine Lehre hat sein lassen, wird besonders auch deshalb bedauert.

weil Anlaß zu der Erwartung besteht, daß die aus formellen Irrtümern entstandene Verstimmung des Reichspräsidenten zerstreut wird,

zumal es auch auf ein Versagen der Presseabteilung der Reichsregierung, die dem Reichskanzler untersteht, zurückzuführen ist, daß die zuständigen Stellen erst verspätet von der Landbund-Entschließung Kenntnis erhielten.“

Warum sollte der Landbund auch kuschen? Es steht ja zu erwarten, daß Hindenburgs Verstimmung „zerstreut“ wird. Hindenburg, der auf Neudeck gewiß ebenso „leidet“ wie seine Standesgenossen, steht hinter ihnen. In dem erwähnten Artikel heißt es zuversichtlich:

„Die in diesen Tagen in Erscheinung getretene Nervosität um die Agrarpolitik eröffnet lediglich die eine Hoffnung, daß der Reichspräsident, der sich ja schon außerhalb der gewohnten Empfangszeiten zur Verfügung gestellt und mit unterschiedenen, ja empörten Worten die Reichsregierung zu schnellster Arbeit angewiesen hat, über die Verelendung und Verzweiflung der Bauernschaft (lies: Großagrariere, Bey.) aufgeklärt ist und dafür Sorge tragen wird, daß die Reichsregierung die ihrer Verantwortung entsprechenden Schlussfolgerungen auch tatsächlich zieht.“

## Der Zank geht weiter.

Die Anpöbeleien, die der Reichslandbund ausgelöst hat mit seiner Behauptung von der „Ausplünderung der Landwirtschaft zu Gunsten der allmächtigen Geldbeutelinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten“, werden fortgesetzt.

Von industrieller Seite ist der Vorschlag gemacht worden,

die unrentablen landwirtschaftlichen Betriebe im Osten durch den Forstfiskus aufzukaufen und aufzuforsten.

Die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ kann es daraufhin nicht unterlassen, zunächst an das nationale „Gewissen“ der deutschen Industriellen zu appellieren: „Bei diesem Projekt übersieht man nun allerdings die national- und bevölkerungspolitischen Momente, die geradezu zu einer verstärkten Ansiedlung im Osten zwingen. Mit einer verstärkten Aufzucht aber erreicht man genau das Gegenteil; der Osten wird noch menschenleerer, die Slawisierungsgefahr noch größer.“ Sie fährt dann fort: „Im übrigen steht es der Industrie schlecht zu Gesicht, der Landwirtschaft derartige Vorschläge zu machen. Sie selbst schleppt viele Betriebe durch, die im Interesse der Industrie und der gesamten Volkswirtschaft nicht mehr zu bestehen brauchten und nur unnötige Unkosten- und Produktionskostenverteuerung mit sich bringen.“

Ein Rationalisierungsprozeß in der Industrie mit einer entsprechenden Preissenkung könnte ebenfalls dazu beitragen, einen großen Teil landwirtschaftlicher Betriebe wieder rentabel zu gestalten.“

## „Agrarpolitischer Terminkalender“.

Welche neuen Maßnahmen werden ergriffen werden zu Gunsten des widerlichsten aller Interessentenhaufen, die die deutsche Reaktion aufzuweisen hat? Angesichts der großen Anzahl von Subventionen, die die Großagrariere bereits erhalten, könnte man auf den Gedanken kommen, daß das Reservoir an solchen Maßnahmen bald ausgeschöpft ist. Das wäre aber weit gefehlt! Die nächsten Maßnahmen stehen schon auf dem „agrarpolitischen Terminkalender“, den die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ veröffentlicht:

„Um überhaupt noch die Zeit zu agrarpolitischen Maßnahmen zu finden“, ist „als erster Anfang“ der Vollstreckungsschutz notwendig. So lautet die Forderung der Großagrariere, und die „Telegraphen-Union“ erfährt dazu von „zuständiger Stelle“, daß der Vollstreckungsschutz bereits seit längerer Zeit Gegenstand eingehender Beratungen der Reichsregierung ist, daß „ein gewisser Vollstreckungs-

schutz auch für Mobilien eingeführt beziehungsweise verlängert werden“ soll.

Von amtlicher Seite wird ausdrücklich versichert, daß die Margarine-Verordnung durchgeführt wird. Im Grunde sind natürlich alle beteiligten Stellen davon überzeugt, daß die Landwirtschaft von dieser Verordnung nicht viel zu erwarten hat; denn — so heißt es in unglaublichem Deutsch bei der Telegraphen-Union: „Wenn man der Margarine zu viel Butter beimischen sollte, würde man Gefahr laufen, daß die Verbraucher aus der Butter in die Margarine übergehen, und daß infolgedessen noch weniger Butter verbraucht wird als bisher.“ Dieses Zugeständnis bestätigt nur unsere Behauptung, daß die Margarine-Verordnung nicht in erster Linie eine Hilfe für die Landwirtschaft, sondern „eine Maßnahme zur planmäßigen Vorbereitung des ‚Durchhaltens‘ im nächsten Krieg“ ist.

Ferner wird gefordert, daß das Reich die Garantie übernimmt für die Düngemittelkredite an die Landwirte (lies: Großagrariere!).

## Verschlechterung der Lage von Arbeitern und Bauern.

Arbeitern und Bauern wird mit all diesen Maßnahmen nicht geholfen.

Wenn zum Beispiel der Eierzoll, wie verlautet, von 5 auf 110 Mark pro Doppelzentner erhöht wird, dann wird der Preis für ein Ei um etwa 4 bis 5 Pfennig steigen. Die Bauern sind natürlich an hohen Eierpreisen interessiert; aber der Eierabsatz würde erheblich sinken. Man könnte hier einwenden, daß die deutsche Eierproduktion trotzdem abgesetzt werden wird und daß nur die Eiereinfuhr, die ein Drittel des deutschen Eierkonsums ausmacht, unterbunden wird. Hier ist jedoch zu bedenken, daß der Eierimport 3 1/2 Prozent des gesamten deutschen Einfuhrwertes ausmacht, daß

eine Verhinderung dieser Einfuhr schwere Rückschläge auf die deutsche Exportindustrie haben würde, — Rückschläge, die eine Verminderung der Massenkaukraft und insofern eine weitere Verschlechterung der bäuerlichen Lage bewirken würden.

Der Vollstreckungsschutz wird die Getreide bauenden Junker am Leben erhalten. Bereits in diesem Jahr war die deutsche Getreideproduktion so hoch, daß keine Brotgetreide-Einfuhr nötig ist. Wenn der Kurs in der deutschen Agrarpolitik nicht geändert wird, so wird im nächsten Jahr noch mehr Getreide angebaut werden als bisher. Vom Niederrhein wird bereits gemeldet, daß dort die Landwirte infolge der äußerst niedrigen Preise für Vieh und Viehprodukte dazu übergehen, ihre Weiden zum Teil in Ackerland zu verwandeln. Zur Stützung der Getreidepreise werden die Konsumenten noch mehr als bisher belastet werden.

Diese Gefahr sehen natürlich auch die Großagrariere; sie sind um einen Ausweg nicht verlegen. Die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ schreibt: „Anstelle von Roggen und Weizen könnte man an den Anbau von Oelfrüchten, Flachs,

Von der Regierung wird die Einführung von autonomen Zöllen verlangt. Am 5. Februar läuft der Handelsvertrag mit Schweden, am 7. März der mit Jugoslawien ab. Von der „zuständigen Stelle“ wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung unter allen Umständen von der autonomen Regelung der Zölle Gebrauch machen will, soweit das für die Landwirtschaft notwendig ist. Aber auch damit sind die unersättlichen Ostelbier nicht zufrieden; sie sind mürrisch darüber, daß noch nichts „verlautet“ über die etwaige Behandlung der für die Veredelungswirtschaft und den Gartenbau wichtigen landwirtschaftlichen Bindungen in anderen Handelsverträgen, insbesondere bei Italien und Belgien.“

Von der Durchführung dieses Sammelsuriums von Stützungsmaßnahmen versprechen sich Regierung und Großagrariere die Stützung der Viehpreise, der Eier- und Käsepreise und — was das Wichtigste ist — die Erhaltung der ostelbischen Pleite-Junker.

Tabak und Gespinnstpflanzen in den dafür geeigneten Gegenden herangehen.“ Wenn das so weiter geht, werden wir es noch erleben, daß der Landbund Zölle und später ein Außenhandelsmonopol für Baumwolle fordert, damit die Ostelbier Baumwolle produzieren können.

## Und die Siedlung?

Günstige Aussichten für eine gesunde Siedlungspolitik sind unter diesen Umständen so gut wie gar nicht vorhanden. Wir dürfen uns keineswegs beruhigen, wenn die Telegraphen-Union mitteilt: „Für Siedlungszwecke steht ausreichend Land zur Verfügung, um in diesem Jahre etwa 3000 (!) Siedler anzusiedeln. Bei der Entschuldung namentlich größerer Güter dürfte weiteres Land in erheblichem Umfang anfallen. Man ist der Ansicht, daß in nächster Zeit Siedlungsland in Hülle und Fülle zur Verfügung steht.“

Siedlungen, die bei der Entschuldung größerer Güter gewissermaßen „abfallen“, sind von vornherein schwind-süchtig.

Die großen Güter werden das Land so teuer abgeben, daß sie dabei wenigstens teilweise saniert werden.

Alles in allem kann man wohl sagen, daß bei Fortsetzung dieser Agrarpolitik das Proletariat und das Bauerntum in Deutschland der Lage der chinesischen Kulis immer näher gebracht werden. Was wird die deutsche Arbeiterschaft tun?

Eine einzige Arbeiterschaft könnte den sich ankündenden reaktionären Interessentenhaufen wegleiten.

Aber nichts regt sich im Lager des Proletariats, und deshalb können Industrielle und Junker vorläufig weiter fellschen um die Einkommensteile, die den breiten Massen noch abgeknöpft werden können. Bey.

## Osthilfe — Ostschiebungen.

Wir entnehmen der „Deutschen Bauernzeitung“ die folgenden Ausführungen, um so das patriotische Werk des Schutzes der deutschen Ostgrenze durch Erhaltung der Junker an seinen dunkelsten Stellen etwas zu beleuchten:

Im Preussischen Landtag ist folgende Anfrage eingelaufen, auf deren Beantwortung nicht nur die genannten ostmärkischen Bauern, sondern die gesamte deutsche Öffentlichkeit unbeschadet der parteipolitischen Einstellung ein Anrecht hat:

„Die Geschäftsgabehaltung bei der sogenannten Osthilfe erregt in immer größerem Maße die Erbitterung der notleidenden ostmärkischen Bauern. Wir fragen das Staatsministerium:

1. Ist ihm bekannt, daß gewesene und noch im Dienst befindliche Leiter von Landstellen der Osthilfe (Osthilfekommissare) ihre eigenen landwirtschaftlichen Betriebe oder solche nächster Anverwandter unter mißbräuchlicher Benutzung von öffentlichen Mitteln umgeschuldet beziehungsweise die Vorbereitung zur Umschuldung ihres Besitzes oder des Besitzes ihrer Anverwandten geführt und beeinflußt haben?

2. Wenn ja, was ist von seiten der zuständigen Aufsichts- und Disziplinarbehörde gegen solche Landstellenleiter, deren dienstliches Verhalten in der geschilderten Weise gegen das geltende Recht und gegen die geltende Rechtsauffassung verstößt, veranlaßt worden?

3. Wenn nein, wer hat die unverantwortlich hohe Güterbeleihungstaxe des derzeitigen Landstellenleiters, Freiherr von Wolff-Stettin, sowie des derzeitigen Landstellenleiters Osthilfekommissar Bronsart von Schellendorf zu verantworten?

4. Ist es bereit, einen klaren Ueberblick über die Gesamtverwendung aller Gelder aus der Osthilfe in den preussischen Provinzen zu geben?

Wenn nein, warum nicht?“

Weiter wird in einer Großen Anfrage der Nationalsozialistischen Fraktion des Preussischen Landtags bitter Klage geführt, daß dem Betriebe des „geschätzten Parteimitgliedes“, des Herrn Rittergutsbesitzers Georg Kubisch auf Glogsen, Kreis Züllichau-Schwiebus, der Sicherungsschutz entzogen sei mit der „unerhörten Begründung“, Kubisch sei des Sicherungsschutzes unwürdig, weil er der Parteiküche ein fettes Schwein geliefert habe. Die nationalsozialistischen Volkvertreter haben den nicht unbegründeten Verdacht, daß der Herr Kubisch der Segnungen noch teilhaftig sein würde, wenn das genannte Schwein anstatt in die SA- in die Stahlhelm-Küche gewandert wäre. — Zum Beweise werden eine Reihe deutschnationaler Großgrund-

besitzer namentlich angeführt, die der Deutschnationalen Volkspartei zu Wahlzwecken Geldbeträge übergeben haben, obwohl ihre Betriebe „ebenfalls aus der Osthilfe erhalten werden“.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages stellte der Zentrumsabgeordnete Josef Ersing folgende Fragen:

1. Ist es richtig, daß dem Herrn von Oldenburg-Januschau drei Güter durch die Osthilfe saniert worden sind?

2. Ist es richtig, daß das Reich aus Etatsmitteln 112 Millionen Mark für die Osthilfe verwandt hat und daß durch die Bank für Industrie-Obligationen weitere 45 Millionen Mark bezahlt worden sind?“

## DEUTSCHLAND

Viehbestand: Nach der Viehzählung vom 1. Dezember 1932 ist der Bestand an Pferden gegenüber dem 1. Dezember 1931 zurückgegangen von 3 450 000 auf 3 390 000, der Schweinebestand von 23 810 000 auf 22 810 000, der Bestand an Schafen von 3 500 000 auf 3 400 000. Der Rindviehbestand ist ungefähr gleich geblieben; der Bestand an Milchkühen hat zugenommen von 9 660 000 auf 9 790 000.

## NEUSEELAND

Butter: Vier Millionen Milchkühe werden in rationellster Weise bewirtschaftet: Sie werden maschinell gemolken, die Milch wird mit Tankautos von den Farmen abgeholt und in Großmolkereien verarbeitet. Die Butter fährt in Kühlschiffen halb um den Erdball und wird in London zu 60 Prozent als erste Buttersorte abgesetzt.

Gold: Schon zwei Mal hat die Wirtschaft Neuseelands nach einer Krise Aufschwung genommen im Anschluß an eine Belebung der Goldgewinnung. Die Regierung scheint nachhelfen zu wollen, daß es dieses Mal ebenso geht.

## BRASILIEN

„Es gibt zu viel Kaffee in der Welt, und darum pro Zentner zu wenig Geld.“ Kaffeevorräte in Brasilien: 40 Millionen Sack. Weltverbrauch an brasilianischem Kaffee: jährlich rund 15 Millionen Sack. 15 Prozent der angepflanzten Kaffeebäume sind noch zu jung, um zu tragen; weitere 30 Prozent sind unter zehn Jahre alt und daher noch nicht voll ertragsfähig. Also selbst bei gleichbleibender Anbaufläche werden in den nächsten Jahren die Ernten wachsen. — Die Bundesregierung hat den Neuanbau von Kaffee und die Anlage von Ersatzpflanzungen für vorhandene Kaffee-kulturen auf die Dauer von drei Jahren verboten.